

# Der erfolgreiche Kampf des Hessischen Philologenverbandes gegen G8

## Ein Rückblick auf zehn bewegte Jahre

Das Unheil kündigte sich bereits im Wahlkampf für die Landtagswahl 2003 an: Die seit vier Jahren regierende CDU unter Ministerpräsident Roland Koch und der kleinere Koalitionspartner FDP ließen ihre Sympathie für die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf acht Jahre deutlich erkennen. Sie machten sich damit eine Forderung zu eigen, die die deutschen Wirtschaftsverbände seit Jahren erhoben hatten und die bereits 1994 Eingang in das Parteiprogramm der Bundes-CDU gefunden hatte. Die deutschen Abiturienten seien zu alt, so lautete das Hauptargument; sie seien deshalb im internationalen Wettbewerb benachteiligt. In den westlichen Industrieländern werde die Hochschulreife doch auch nach zwölf Schuljahren verliehen. Ein Schuljahr könne in Deutschland getrost gestrichen werden; die Lehrpläne könnten 'entrümpelt' werden und in der Oberstufe gebe es doch auch viel Leerlauf.

Dieser Argumentation widersprach der HPhV von Anfang an mit aller Entschiedenheit. Beispielhaft sei aus dem Rechenschaftsbericht des HPhV-Vorsitzenden vom November 2002 (BPS 1/2003) zitiert: »Mit Entsetzen habe ich dem jüngsten Entwurf des CDU-Wahlprogramms entnommen, dass die CDU bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode die Gymnasialzeitverkürzung für alle Abiturienten durchzusetzen beabsichtigt. Die Gymnasialzeitverkürzung für alle wäre ein schwerer Fehler und ein verhängnisvoller Irrweg. Sie bedeutet schlicht Bildungsabbau. ...

Die Argumente, die zugunsten einer allgemeinen Gymnasialzeitverkürzung vorgebracht werden, halten alle einer näheren Überprüfung nicht stand. Da sind zunächst die Vergleiche mit dem Ausland: Es ist keineswegs so, dass die meisten anderen europäi-

schen Staaten die allgemeine Hochschulreife nach zwölf Jahren vergeben. Die meisten anderen Länder vergeben nach zwölf Jahren lediglich eine fachgebundene Hochschulreife, und in etlichen dieser Länder müssen dann erst einmal wissenschaftsprädeutische Vorkurse belegt werden, ehe ein Hochschulstudium aufgenommen werden kann. In Italien, Luxemburg und England wird die Hochschulreife ebenfalls erst nach dreizehn Jahren vergeben – ja England, dessen Hochschulabsolventen doch so jung sind, gefällt mir als Beispiel besonders gut, denn es zeigt, dass ganz andere Gründe als die Schulzeit dafür verantwortlich sind, dass die englischen Hochschulabsolventen deutlich jünger sind als die deutschen: Die englischen Kinder werden früher eingeschult, die Spanne zwischen Abitur und Beginn des Studiums ist wesentlich geringer – die jungen Männer müssen weder Wehrdienst noch Zivildienst leisten – und die Studiengänge sind wesentlich straffer als in Deutschland. ...

Es wird gesagt, die Lehrpläne könnten getrost entrümpelt werden. So meinte etwa der saarländische Ministerpräsident Müller, die Schüler müssten in der Schule nicht gleich von drei Punischen Kriegen erfahren; einer genüge auch. Ich lasse das mal so stehen, es spricht für sich. Gewiss kann auf den einen oder anderen Lerngegenstand verzichtet werden. Aber auf Übungs- und Intensivierungsphasen kann nicht ohne Weiteres verzichtet werden. Und Schule soll doch über den Fachunterricht hinaus ständig mehr leisten – Schlüsselqualifikationen vermitteln, zum Beispiel Medienkompetenz etwa, Präsentationsfähigkeit, Teamfähigkeit, Fähigkeit zur eigenständigen Informationsgewinnung und anderes mehr; dies alles braucht doch Zeit. Es ist ein Wider-

spruch, dass Schule einerseits immer mehr leisten soll und andererseits die zur Verfügung stehende Zeit verkürzt werden soll!

Dann wird auf den angeblichen Leerlauf in der Oberstufe verwiesen. Worin besteht denn der Leerlauf? Im zweiwöchigen Betriebspraktikum in der Oberstufe etwa? Wird dieses denn in Zukunft nicht mehr gewollt, und zwar gerade von der Wirtschaft, die gleichzeitig die Verkürzung der Schulzeit fordert? Oder die Info-Tage an der Universität? Oder das Bewerbertraining und andere berufsorientierende Veranstaltungen? All dies wird doch weiterhin gewünscht werden! Nein, eine Gymnasialzeitverkürzung wird gerade den Unterricht, die für Unterricht zur Verfügung stehende Zeit treffen.

Zuletzt wurde die Gymnasialzeit 1938 verkürzt; damals war das Argument, es würden jüngere Offiziere beziehungsweise es werde ein zusätzlicher Offiziersjahrgang für den geplanten Krieg benötigt. Heute lautet das Argument, es würden jüngere Berufseinsteiger gebraucht. Die Parallele, um die es mir geht – und es ist, um nicht missverstanden zu werden, die einzige Parallele, die ich sehe –, ist die, dass heute wie damals ein partikularer gesellschaftlicher bzw. politischer Zweck höher gewichtet wird als die Frage, was denn unsere jungen Menschen an geistigem Rüstzeug benötigen, um ein ganzes Leben, und dies ist mehr als nur der Beruf, bestehen zu können. Es geht um mehr als nur um die Frage, ob unsere Hochschulabsolventen mit 25 oder mit 27 Jahren in den Beruf eintreten; es geht um die Frage, welches Rüstzeug sie brauchen, um nicht nur den Anforderungen ihres künftigen Berufs, sondern allen Herausforderungen eines langen Lebens gewachsen zu sein.« Abschließend nahm der HPhV-Vorsitzende Bezug auf den le-

## Der Autor



**Dr. Knud Dittmann** war Vorsitzender des Hessischen Philologenverbandes von 1998 bis 2015

Langsamkeit' (BPS 1/2002) der Publizistin Susanne Gaschke: »Wenn aber das Leben sich dehnt, warum müssen dann die Jugend, die Schulzeit geschrumpft werden? Für ein längeres Leben lohnt es sich, länger zu lernen.«

Im Regierungsprogramm der nach der gewonnenen Landtagswahl mit absoluter Mehrheit regierenden CDU unter Ministerpräsident Roland Koch war dann tatsächlich die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit festgeschrieben. Der HPhV-Vorsitzende bescheinigte der neuen Landesregierung deshalb einen 'Fehlstart' und sprach von einer »schwerwiegenden Fehlentscheidung« (BPS 2/2003): »Für unsere Gymnasialisten bedeutet dies weniger Unterricht, weniger Bildung, damit Qualitätsverlust und Absenkung des Abiturniveaus.« Der HPhV-Vorsitzende verwahrte sich in diesem Zusammenhang auch gegen »rhetorische Purzelbäume etwa der Art, dass künftig der Unterricht ja viel besser sein werde als bisher, weshalb in kürzerer Zeit und mit weniger Unterricht bessere Ergebnisse erzielt würden. Mehr und bessere Abiturienten mit weniger Unterricht – dieser Schavan'sche Hokusfokus wird nicht verfangen.« (Anette Schavan war damals Kultusministerin in Baden-Württemberg und hatte genau dieses prognostiziert.)

Im Januar 2004 erblickte dann der Entwurf der neuen, für den achtjährigen Bildungsgang vorgesehenen

Stundentafel das Licht der Welt. Der HPhV tat seine Ablehnung umgehend kund. In einer Pressemitteilung vom 12. Februar 2004 war zu lesen: »Wir fühlen uns durch diese Stundentafel in unserer Ablehnung des achtjährigen Gymnasiums bestätigt. Es bedeutet einerseits Stundenkürzungen und damit Bildungsabbau, andererseits Steigerung der Anforderungen und Verdichtung des Lernpensums bis an die Grenze des Kindern und Jugendlichen Zumutbaren um den Preis der Verengung auf die Pflichtfächer und zulasten zusätzlicher Bildungsangebote.« In seiner Stellungnahme zum Entwurf der neuen G8-Stundentafel begründete der HPhV seine Ablehnung dann detailliert:

### 1. Weniger Stunden = weniger Bildung = Bildungsabbau

Insgesamt wird die Stundentafel in der Sekundarstufe I um 15 Wochenstunden reduziert; bei 38 Unterrichtswochen sind dies 570 Unterrichtsstunden. Dies entspricht dem Unterrichtsvolumen eines halben Jahres. Seit PISA ist bekannt, dass ein direkter Zusammenhang zwischen erteilter Stundenzahl und Lernerfolg besteht.

### 2. Belastung der Schülerinnen und Schüler

Bei Teilnahme an einem LRS-Förderkurs kommt ein Kind bereits in der 5. Klasse auf 32, in der 6. Klasse auf 34 Stunden in der Woche. Bilinguale Klassen kommen in Klasse 7 auf 36, in den Klassen 8 und 9 auf 36/37 Stunden.

Sowohl die Erweiterung der Fremdsprachenkompetenz als auch die IT-Bildung sind Forderungen, die seit Jahren vonseiten der Politik und der Wirtschaft gestellt werden. Belegen Schülerinnen und Schüler in der Einführungsphase weiterhin eine 3. Fremdsprache, erreichen sie 37 Stunden; nehmen sie noch das Fach Informatik dazu, sind es 39 Stunden.

Auf Hausaufgaben wird auch im achtjährigen Gymnasium nicht verzichtet werden können.

### 3. Auswirkungen auf Persönlichkeitsbildung und Schulleben

An Arbeitsgemeinschaften, die zur geistigen, körperlichen und musisch/ästhetischen Bildung und damit zur Persönlichkeitsbildung beitragen, werden Schülerinnen und Schüler, die bereits durch Unterricht an drei Nachmittagen belastet sind, in sehr vermindertem Maße teilnehmen. Durch den Wegfall von Chor, Orchester und Theater-AG fehlen wichtige Elemente, die zur Bereicherung des Schullebens beitragen.

Musische und sportliche Aktivitäten außerhalb der Schule werden abgenommen. Das Engagement in Vereinen, das auch die Bereitschaft zur Übernahme ehrenamtlicher Aktivitäten durch Jugendliche fördert, wird verarmen.

### 4. Konzeptionelle Vorbereitung

Die Umsetzung der geplanten Stundentafel ist nur mit einer Einführung von Unterricht an bis zu drei Nachmittagen durchzuführen. Die Organisation und Ausgestaltung der Mittagspause ist nicht geklärt.

Die Bereitstellung ausreichender Gelder für die in großem Umfang notwendigen zusätzlichen Lernmittel ist bislang nicht gesichert.

Daran wird deutlich: Das Hessische Kultusministerium stößt Großprojekte an, ohne dass diese konzeptionell ausreichend vorbereitet wurden. Die Umsetzung der politischen Vorgaben ist völlig unklar.

Die neue G8-Stundentafel befeuerte die Kritik an der gymnasialen Schulzeitverkürzung ganz erheblich. Insbesondere die Eltern und die Schülervertretungen wurden nun hellhörig: Was hatte es mit der drohenden zusätzlichen Belastung – bis zu dreimal in der Woche Nachmittagsunterricht! – auf sich? Und gab es an den weiterführenden Schulen die dafür erforderliche Infrastruktur: Mensa? Personelle und räumliche Voraussetzungen für eine pädagogische Mittagsbetreuung?

Am 9. September 2004 gaben die Vorsitzende des Landeselternbeirates, Sibylle Goldacker, der Landesschulsprecher Martin Griga, und der Vorsitzende des Hessischen Philologenverbandes, Knud Dittmann, in Wiesbaden eine gemeinsame Pressekonferenz zum Thema 'Verkürzung der gymnasialen Schulzeit'. Sie waren sich in der Ablehnung der Pläne der Hessischen Landesregierung einig. Zwar lehnte die Landesschülervertretung die Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges nicht grundsätzlich ab, kritisierte aber »das in Hessen gewählte Modell massivst«. Sie kritisierte insbesondere, dass »die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen vernichtet« werde, und forderte als Voraussetzung für eine Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges »die flächendeckende Einführung der Ganztagschule«. Der Landeselternbeirat lehnte »die generelle Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre ab«. Er bedauerte, dass »die nun vorgesehene Kürzung in der Mittelstufe stattfindet. Es ist bekannt, dass eventuelle Schulschwierigkeiten vor allem in der Pubertät auftreten. Der LEB befürchtet, dass die nun zu erwartende Kürzung die Zahl der Schulversager erheblich ansteigen lässt, da die neue Stundentafel kaum noch Zeit für Wiederholungen und Übungen zulässt. Es wäre in diesem Zusammenhang über die jetzige Struktur der gymnasialen Oberstufe zu diskutieren gewesen.« Der LEB verwies auch auf die in Hessen bereits existierenden G8-Klassen für Kinder mit besonderer Lernbereitschaft. »Auch dieser Versuch ist bis heute nicht evaluiert, so dass sich über den Sinn keine fundierte Aussage machen lässt. Auch hier hätte sich der Landeselternbeirat ein bedachtereres Vorgehen gewünscht«. Abschließend kam der LEB zu folgender Einschätzung: »Der jetzt vorgelegte Entwurf lässt jedoch befürchten, dass unsere Kinder dafür zahlen müssen, dass hier überstürzt etwas umgesetzt wird, was letztendlich die wirklichen Probleme in unserer Schullandschaft nicht lösen wird. Noch mehr Leistungsdruck, verstärkte Un-

terstützung durch Nachhilfeunterricht und eine steigende Zahl von Sitzbleibern sind momentan programmiert.«

Der HPhV bekräftigte seine Ablehnung des achtjährigen Gymnasiums. Er monierte den Bildungsabbau (Wegfall von 570 Unterrichtsstunden = Unterrichtsvolumen eines halben Schuljahres), wies die Vergleiche mit dem Ausland als irreführend zurück und betonte die drohende zusätzliche Belastung im Zusammenhang mit dem bis zu dreimaligen Nachmittagsunterricht pro Woche: »Wenn diese Kinder und Jugendlichen dann am späten Nachmittag zu Hause sind, müssen sie Hausaufgaben machen. Für wie auspressbar halten Politiker eigentlich Kinder und Jugendliche? Und wie sieht es mit Arbeitsgemeinschaften aus, die doch das Schulleben bereichern und unverzichtbare Beiträge leisten zur geistigen, körperlichen, musisch-ästhetischen Bildung – kurzum zur Persönlichkeitsbildung? Werden Schülerinnen und Schüler, die ohnehin dreimal nachmittags Unterricht haben, noch Kraft und Lust haben, im Chor mitzusingen, im Orchester oder in der Theatergruppe mitzuspielen oder an einer sonstigen AG teilzunehmen? Und welche Auswirkungen wird ein derart vollgepackter Stundenplan für musische und sportliche Aktivitäten und das Vereinsleben außerhalb der Schule haben? Wird das künftig alles der 'Lernfabrik Schule' zum Opfer fallen?

Und wofür das Ganze? Für die Schimäre vom jüngeren Abiturienten, der auf dem globalen Arbeitsmarkt vermeintlich wettbewerbsfähiger sein muss. An Bildung und Persönlichkeit wird dieser jüngere Abiturient erst einmal ärmer sein; sie werden auf dem Altar der Götzen 'Effizienz' und 'Verwertbarkeit' geopfert.«

Die hessenweite Resonanz dieser Pressekonferenz war beträchtlich; als Beispiele seien genannt: 'Nein zum Turbo-Abitur – Breite Front von Betroffenen gegen die Pläne der Landesregierung' (Wiesbadener Kurier, 10. September 2004), 'Widerstand gegen das Turbo-Abi' – Eltern, Schü-

ler, Lehrer: Qualität in Gefahr (HNA, 10. September 2004), 'Verbände von Eltern, Lehrern und Schülern gegen Turbo-Abitur' (FAZ, 10. September 2004). Unter der Überschrift 'Deutliche Worte' war in der FAZ zu lesen: »Das waren deutliche Worte, die der CDU-Landesregierung und vor allem Kultusministerin Karin Wolff gestern zum Thema 'Turbo-Abitur' entgegenschallten. Dass der Philologenverband die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit ablehnt, ist zwar nicht neu, und auch das Nein, das der Landeselternbeirat dazu sagt, ist den Verantwortlichen in Wiesbaden bekannt ... Dennoch lässt sich die gestern geäußerte massive Kritik, der sich auch die Landesschülervertretung anschloss, wohl nicht einfach abtun.« Und die Kommentatorin verwahrte sich gegen die Einlassung des Hauptgeschäftsführers der Hessischen Unternehmerverbände, es habe »keinen Sinn, im Bahnhof über den Fahrplan zu diskutieren, wenn der Zug längst abgefahren ist«; dies habe »einen unangemessen abschätzigen Ton«.

Im Vorfeld der auf Januar 2008 terminierten Landtagswahlen war in der hessischen Elternschaft eine erhebliche und sich steigernde Unruhe im Zusammenhang mit G8 zu beobachten. Beispielhaft sei aus einem Artikel in der FAZ vom 10. September 2007 mit der Überschrift 'Epochale Verluste – Das verkürzte Gymnasium macht aus Kindern Manager': »Wenn sie am Montag nach acht Schulstunden gegen sechzehn Uhr nach Hause kommt, landet der bleischwere Schulranzen dort, wo er hingehört: neben den Schreibtisch. Denn dann geht es an die Hausaufgaben, und zwar in drei Hauptfächern. Darüber vergehen noch einmal zwei Stunden. Dann ist Feierabend. Privater Musikunterricht, Fußballtraining, Schwimmbad – alles längst abgesagt oder gleich ganz gestrichen. So geht die Woche hin, dreimal am Nachmittag Unterricht, 32 Wochenstunden. Die Rede ist von Elfjährigen, Sechstklässler an einem ganz normalen deutschen Gymnasium. Oder sagen wir: an einem ehemals normalen Gymnasium.

Die Kinder sind der erste Jahrgang, den die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre ereilt hat. Wenn sie 2014 Abitur schreiben, werden sie endlich Zeit haben, darüber nachzudenken, was denn das nun gewesen sein soll? Eingesperrt in ein Korsett, das ihnen regelmäßig Zwölfstundentage aufnötigte, der letzte Rest an Kindheit, der noch für sie vorgesehen war, geopfert. Leere Nachmittage, Muße, Sport, Musik, Spiel mit Freunden – Luxus längst vergangener Tage.

Spontane Verabredungen mit Nachbarkindern sind die Ausnahme, Kindergeburtstage bedürfen sorgfältiger Absprachen, das gesamte Schuljahr muss akribisch durchgeplant werden. Darunter leiden auch die Musikschulen, die jene Ausbildung anbieten, die der Staat in musischen Fächern marginalisiert hat. Vor dem späten Nachmittag kann kein Unterricht mehr stattfinden; für Mittelstufenkinder ist es keine Seltenheit, um 7:00 oder 8:00 Uhr abends zur Musikstunde anzutreten. Kinderärzte berichten, dass Eltern verstärkt Antibiotika für die Kinder verlangen, um Fehlzeiten abzukürzen. Immer mehr Schulkinder klagen über Erschöpfungszustände.«

Am 13. November 2007 fasste Rainer Dinges im 'Darmstädter Echo' unter der Überschrift 'Überforderte Kinder, zornige Eltern, erstaunte Politiker – Mit der Verkürzung der Schulzeit hat sich die hessische Landesregierung massive Probleme eingehandelt: 'G8', was zunächst nur als Chiffre durch die bildungspolitischen Diskussionen geisterte, hat sich für viele Eltern zum Schreckgespenst gemauert. Es macht der Kultusministerin zu ihrer eigenen Überraschung das Leben inzwischen ähnlich schwer wie 'U-Plus' und das 'LUSD'-Debakel. Dabei hatte die christdemokratische Landesregierung mit dem 'neuen Gymnasium' im bevorstehenden Wahlkampf ebenso Punkte sammeln wollen wie mit der zweiten Stufe der Unterrichtsgarantie und der umfassenden Lehrer- und Schülerdatenbank.

Was man offensichtlich nicht beachtete, war die Tatsache, dass die ersten von 'G8' betroffenen Schüler in

diesem Sommer in Klasse sieben versetzt wurden. Da weist der Stundenplan 34 Unterrichtsstunden pro Woche aus – vier mehr als bisher in dieser Jahrgangsstufe üblich. Und die Siebtklässler haben bereits ein Jahr lang für die zweite Fremdsprache büffeln müssen.

Die Klagen der Eltern bestätigen, was die Lehrerverbände prophezeiten. ... Überlange Schulzeiten, dazu noch in den meisten Fällen ohne eine richtige Mittagspause und ohne warmes Mittagessen, Hausaufgaben am späten Nachmittag und somit keine Zeit mehr für Freizeitaktivitäten. Viele Schüler sind überlastet oder auch überfordert, Eltern müssen sich als Nachhilfelehrer betätigen, und vielerorts wird der Familienfrieden gestört.

Kultusministerin Wolff versuchte noch zu reagieren. In einer Presseinformation des HKM vom 21. November 2007 hieß es: »Eine Abkehr von G8 kommt für Hessen nicht infrage. Wir haben die Sorgen der Eltern aber verstanden.« Sie stellte für das 2. Schulhalbjahr in Aussicht:

- eine Verringerung des Nachmittagsunterrichts (in den Jahrgangsstufen 5 und 6 nur noch einmal pro Woche, in der Jahrgangsstufe 7 nur noch zweimal pro Woche),
- verstärkten Unterricht in Doppelstunden, um so die an einem Tag zu erledigenden Hausaufgaben einzuschränken,
- eine stärkere Absprache innerhalb der Schule zum Thema 'Hausaufgaben',
- eine nochmalige Überprüfung der Stofffülle.

Die Kritik des HPhV folgte umgehend. In einer Presseinformation vom 22. November 2007 mit der Überschrift »Die Vorschläge von Frau Wolff werden die Probleme von G8 nicht lösen« bezeichnete der Vorsitzende des HPhV die Vorschläge der Kultusministerin als »punktuelleres Herumdoktern an einzelnen Folgeerscheinungen einer gravierenden grundsätzlichen Fehlentscheidung der Landesregierung«, nämlich der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit. »Mit Erstaunen habe er gehört, dass den Schulen nun detaillierte

Vorschriften zur Stundenplangestaltung gemacht werden sollten. Tagaus, tagein verlaute doch aus dem HKM, dass die Schulen mehr Eigenverantwortlichkeit bekommen sollten. 'Das passt einfach nicht zusammen.' Wenn etwas am besten vor Ort entschieden werden könne, dann der Stundenplan. Offenbar misstrauete das HKM den an der Schule Tätigen. An der Frage, ob in der Jahrgangsstufe 6 die zwei unvermeidlichen Nachmittagsstunden an einem Nachmittag bis zur achten Stunde oder verteilt auf zwei Nachmittage gegeben würden, werde sich das Schicksal von G8 nicht entscheiden. Mit der Formulierung, dass G8 nicht so umgesetzt worden sei, wie es wünschenswert gewesen sei, solle die Verantwortung für die Probleme offenbar den Schulen zugeschoben werden.

Die Forderung, die Lehrpläne zu verschlanken, sei nichts weiter als eine flotte Redensart. Er verwahre sich gegen die Insinuation, dass man sich an den Schulen bisher in nennenswertem Umfang mit Überflüssigem oder gar 'Gerümpel' beschäftigt habe. ... Tatsache sei doch vielmehr, dass von Schule immer mehr gefordert werde: Gesundheitserziehung, Verkehrserziehung, Suchtprävention, Vermittlung von Schlüsselqualifikationen u.a.m. Immer mehr in kürzerer Zeit: Das sei einfach nicht seriös und könne nicht aufgehen.«

Die Landtagswahl am 27. Januar 2008 geriet für die allein regierende CDU zu einem Debakel. Sie verlor ein Viertel ihrer Wählerstimmen und damit nicht nur die absolute Mehrheit, sondern sie hatte auch zusammen mit dem Wunschpartner FDP keine Mehrheit im Hessischen Landtag. Es bestand unter den Kommentatoren Einigkeit, dass die Bildungspolitik und insbesondere die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf acht Jahre Hauptursache für das schlechte Wahlergebnis der CDU waren.

»In der Schulpolitik sehen viele den Grund für die Verluste der CDU«, war in der FAZ zu lesen ('Zum Rohrkrepiere geworden', 27. Januar 2008), und in der Offenbach-Post hieß es: »Die CDU hat die Wahlen vor allem in den

Schulen verloren« ('Gespür verloren', 14. Februar 2008).

In seinem Editorial für 'Blickpunkt Schule' (1/2008) mit der Überschrift 'Der Absturz – Versuch einer (Teil-)Erklärung' bezeichnete der Vorsitzende des HPhV das Wahlergebnis als Quittung »insbesondere für die Bildungspolitik der letzten fünf Jahre« und widmete sich hier unter anderem dem Thema 'G8': »Weite Teile des Bildungsbürgertums lehnen, wie die Elternproteste zeigen, G8 ab. Es sind diejenigen, die für ihre Kinder nicht nur eine gute Schulbildung wollen, sondern ihnen auch die Zeit gönnen wollen, in einem Verein Sport zu treiben, ein Musikinstrument zu lernen, mit Freunden zu spielen etc. – kurz: ihre junge Persönlichkeit in all ihren Dimensionen zur Entfaltung bringen zu können. Zugrunde liegt die Einsicht, dass junge Menschen keine Maschinen sind, in die man das nötige Wissen auch in kürzerer Zeit hineinstopfen könne, sondern dass es gilt, dass junge Menschen in einem nicht immer leichten Reifungsprozess Orientierung und Urteilsvermögen gewinnen müssen; für all dies braucht es Zeit, braucht es Gelegenheit zur Mühe. Diejenigen im Bildungsbürgertum, die so denken, fühlen sich von der CDU nicht mehr repräsentiert, denn in dieser Partei ist nur noch von Ökonomie, der Konkurrenz der Chinesen und dem globalisierten Arbeitsmarkt die Rede, dem es sich buchstäblich zu unterwerfen gilt. Man muss kein 68er sein, sondern es genügt, dem klassischen humanistischen Menschenideal anzuhängen, um an dieser Stelle die Gefolgschaft aufzukündigen.«

Mit Schreiben vom 13. Februar 2008 teilte Kultusministerin Karin Wolff dem Ministerpräsidenten Roland Koch mit, dass sie für die neue Legislaturperiode nicht mehr als Kultusministerin zur Verfügung stehe – auch nicht in einer – sich mangels einer parlamentarischen Mehrheit abzeichnen – geschäftsführenden Landesregierung.

Bereits wenige Tage zuvor war bekannt geworden, dass sie nach mehr als zwanzigjähriger Mitgliedschaft aus

dem Hessischen Philologenverband ausgetreten war. Der HPhV bedauerte dies, bezeichnete den Austritt aber auch als »logische Konsequenz aus der zunehmenden Entfremdung zwischen der Landesregierung und ihrer Bildungspolitik einerseits und dem Hessischen Philologenverband andererseits«.

'Schulen sollen wählen – acht oder neun Jahre bis zum Abitur möglich', so lautete die Überschrift (Frankfurter Rundschau, 19. Februar 2008). »Die 129 kooperativen Gesamtschulen in Hessen werden vom nächsten Schuljahr an entscheiden können, ob sie Schüler in acht oder neun Jahren zum Abitur führen. Im Landtag zeichnet sich eine breite Mehrheit für die entsprechende Gesetzesänderung ab, die die Grünen am Freitag in Wiesbaden vorstellten.« Der HPhV begrüßte diesen Vorschlag umgehend, forderte diese Wahlfreiheit jedoch auch für die Gymnasien. »Der gymnasiale Bildungsgang in den kooperativen Gesamtschulen unterscheidet sich überhaupt nicht vom gymnasialen Bildungsgang an Gymnasien«, so wurde in einer Pressemitteilung vom 20. April 2008 der Verbandsvorsitzende zitiert. So seien zum Beispiel die Stundentafeln ebenso wie die Lehrpläne völlig gleich. »Es gibt deshalb nicht den Hauch einer plausiblen sachlichen Begründung dafür, den Gymnasien die Wahlfreiheit zu verweigern, die den kooperativen Gesamtschulen erfreulicherweise zugestanden werden soll.« Eine Ungleichbehandlung in dieser Frage komme deshalb einem unfreundlichen Akt gegenüber der Schulform des Gymnasiums gleich.

Die Wahlmöglichkeit für die kooperativen Gesamtschulen war auch Teil des 'Maßnahmepakets zur Entlastung bei G8', das der neue, seit April 2008 geschäftsführend amtierende Kultusminister Jürgen Banzer am 26. Mai 2008 vorstellte. Banzer hielt zwar an G8 an Gymnasien fest, gestand aber in einem Begleitschreiben an die Schulleiter zu, es bestehe »ein deutlicher Handlungsbedarf, um Schülerinnen und Schüler zu entlasten und zur Arbeitserleichterung an den Schulen

beizutragen«. Es sei wichtig, »Reformen nicht durch starre Vorgaben, sondern durch Flexibilität und Freiraum für die Schule vor Ort durchzuführen«. Das Land hingegen solle sich darauf beschränken, »den Schulen einen klaren Rahmen für G8 zu geben«.

Vor allem hatte Banzer – und mit ihm wohl die Landesregierung – als Konsequenz aus dem Wahldebakel im Januar 2008 erkannt, dass das Land noch einmal Geld in die Hand nehmen musste, um Akzeptanz für G8 zu erzielen. Konkret bedeutete dies,

- dass alle G8-Schulen, die noch keine pädagogische Mittagsbetreuung anboten, im Schuljahr 2008/2009 60 000 Euro erhalten sollten, um eine pädagogische Mittagsbetreuung einschließlich Hausaufgabenbetreuung und zusätzlichen Wahl- und Förderangeboten anbieten zu können; darüber hinaus waren im Haushalt 2007 und im Haushalt 2008 jeweils 100 Millionen Euro zusätzlich zur Unterstützung der Schulträger beim Mensabau an G8-Schulen vorgesehen;
- dass – beginnend im Schuljahr 2008/2009 mit der Jahrgangsstufe 5 – die Klassen der G8-Schulen die Höchstgrenze von 30 – statt bisher 33 – Schülerinnen und Schülern nicht mehr überschreiten sollten, dafür waren zusätzlich rund 100 Lehrerstellen vorgesehen.

Während der HPhV diesen Teil des 'Maßnahmepakets' begrüßte – entsprach er doch auch Forderungen der Lehrerverbände –, sah er andere Elemente des 11-Punkte-Programms mit Sorge, wie der Verbandsvorsitzende auch auf dem Gymnasialtag in Grünberg am 29. September 2008 in Anwesenheit des Kultusministers darlegte:

- »Die Abschaffung des Wahlpflichtunterrichts und dessen Ersatz durch einen Wahlunterricht, der AGs und freiwillige Angebote jeglicher Art ab Klasse 5 umfassen kann, bedeutet eine nochmalige Verringerung des Pflichtunterrichts. Was diese Änderung für den Stellenwert der 3. Fremdsprache, die doch mit Blick auf den vielzitierten globalisierten Arbeitsmarkt gefördert werden

müsste, insgesamt bedeutet, bleibt ... abzuwarten ...

- Die sogenannte 'Entrümpelung', 'Entschlackung', 'Verschlankung' oder, wie es nun heißt, 'Anpassung und Straffung' der Lehrpläne ist nichts weiter als eine flotte Redensart für ein Laienpublikum. In Wahrheit geht es um eine nochmalige Reduzierung von Bildungsinhalten und damit auch von Bildungsqualität. Daran ändert weder der durchsichtige Versuch etwas, 'Methodenlernen' und 'selbst organisiertes Lernen' – was längst Gegenstand der Lehrpläne und damit auch des Unterrichts ist – gegen Wissen und Bildungsinhalte in Stellung zu bringen noch die vergebliche Hoffnung, Bildungsstandards, Kerncurricula und Outputorientierung würden das Problem schon lösen. Bildung braucht eben Zeit, und acht Jahre sind weniger als neun Jahre.«

Die Landtagswahlen vom 18. Januar 2009 führten zu einer stabilen Mehrheit für eine Koalition von CDU und FDP. Die neue Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP), eine entschiedene Befürworterin von G8, hielt an G8 fest; der HPhV hielt weiterhin daran fest, dass die gymnasiale Schulzeitverkürzung eine gravierende Fehlentscheidung sei. Dennoch fanden Ministerin und HPhV in der Folgezeit zu einer konstruktiven Zusammenarbeit, und das Thema G8 geriet in den folgenden Monaten in den Hintergrund. Eine wesentliche Rolle dabei dürften die materiellen Verbesserungen aus Banzers 'Maßnahmepaket zur Entlastung bei G8' gespielt haben: 60 000 Euro nebst jeweils 100 Millionen Euro zur Unterstützung der Schulträger beim Mensabau an G8-Schulen waren kein Pappentitel, und so waren die G8-Schulen nunmehr damit beschäftigt, mit dem Schulträger über den Bau einer Mensa zu verhandeln sowie für die pädagogische Mittagsbetreuung eine Sozialpädagogin zu engagieren und Räumlichkeiten zu organisieren. Andere bildungspolitische Themen drängten nun in den Vordergrund: selbstständige Schule, Kerncurricula und Kompetenz-

orientierung, Inklusion, Lehrerausbildung und Praxissemester etc.

Unter der Oberfläche jedoch grummelte das Thema G8 weiter; als Beispiele seien genannt:

- Zu Beginn des Schuljahres 2009/2010 wurde bekannt, dass von 123 kooperativen Gesamtschulen nunmehr 40 zu G9 zurückgekehrt waren (im Schuljahr 2008/2009 waren es 19 gewesen, im Schuljahr 2009/2010 noch einmal 21). Die Vorsitzende des Landeselternbeirates nannte die Entscheidung knapp eines Drittels für G9 ein Votum gegen G8, die Befürworter der Schulzeitverkürzung verwiesen darauf, dass eine Mehrheit an G8 festhielt (FAZ, 1. Juli 2009: 'Mehr Gesamtschulen mit G9-Angebot').
- Unter der Überschrift 'Schüler und Eltern fordern Abkehr von G8-Regelung' war in der FAZ am 16. April 2010 zu lesen: »Mit einer Unterschriftensammlung wollen hessische Schüler und Eltern eine Rücknahme der Schulzeitverkürzung in der gymnasialen Mittelstufe erreichen. Die Aktion von Landeselternbeirat und Landesschülervertretung soll einen Petitionsantrag an den Landtag unterstützen. Ziel sind die Rückkehr zur sechsjährigen Sekundarstufe I und die Neugestaltung der Sekundarstufe II ...« Der Kommentar zu der Meldung trug die Überschrift: 'Gymnasien sind beliebt, G8 ist es nicht.'
- Unter der Überschrift 'Jugendverbände kritisieren Schulreformen – Nachmittagsunterricht und große Mengen an Hausaufgaben nehmen jungen Leuten die Zeit für ein ehrenamtliches Engagement' wurde in der FAZ vom 5. Oktober 2011 von den Nachwuchssorgen zum Beispiel der hessischen Jugendfeuerwehr berichtet: »Die Mitgliederzahlen sinken seit Jahren. ... Durch Nachmittagsunterricht und große Mengen an Hausaufgaben fehlt vielen Jugendlichen einfach die Zeit, sich zusätzlich zu engagieren.« Und zitiert wird der Landesjugend-Feuerwehrwart: »Wann dürfen Kinder endlich wieder Kinder sein?«

Und dann kam der 16. Juni 2012: Auf einem CDU-Parteitag in Darmstadt schlug der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier vor, künftig auch den Gymnasien die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 einzuräumen. Der Hessische Philologenverband reagierte umgehend. In einer Pressemitteilung vom 17. Juni 2012 mit der Überschrift 'HPhV begrüßt Bouffiers Vorstoß' war zu lesen: »Auf lebhafteste Zustimmung seitens des Hessischen Philologenverbandes stößt der Vorschlag von Ministerpräsident Bouffier, auch den Gymnasien die Möglichkeit zu eröffnen, sich zwischen G8 und G9 entscheiden zu können. Dies entspricht einer Forderung, die der HPhV seit Jahren erhebt. 'In der Tat ist es nicht einsehbar, dass die Wahlfreiheit, die den kooperativen Gesamtschulen vor einigen Jahren eingeräumt wurde, bisher den Gymnasien vorenthalten wird«, so der Verbandsvorsitzende Dr. Knud Dittmann. Für manche Gymnasien, die sich gegenüber Gesamtschulen in einer Konkurrenzsituation befänden, bedeute das bisher verordnete G8 einen Wettbewerbsnachteil.

Der HPhV stimmt dem Ministerpräsidenten auch in der Einschätzung zu, dass sich die Situation je nach Region unterschiedlich darstelle. Es sei deshalb richtig, ... den Gymnasien vor Ort die Entscheidung zu überlassen.«

Bouffiers Entscheidung kam überraschend; nicht einmal seine neue, seit etwa einem Monat im Amt befindliche Kultusministerin Nicola Beer (FDP), eine entschiedene Befürworterin von G8, hatte er eingeweiht. Aber die Entscheidung war politisch wohlüberlegt. Ein Blick in andere Bundesländer lehrte, dass in Landtagswahlen mit G8 kein Blumentopf zu gewinnen war; mit seiner Entscheidung schlug er der SPD für die im Herbst 2013 anstehende Landtagswahl ein Erfolg versprechendes Wahlkampfthema aus der Hand, und mit der Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 machte er sich sogar eine Idee von Bündnis 90/Die Grünen zu eigen – ein Fingerzeig für eine mögliche künftige Koalition?

Die Reaktionen auf Bouffiers Vorstoß waren unterschiedlich. Die Oppo-

sition im Landtag »lobte Bouffier für die angekündigte Kurskorrektur, forderte jedoch Aufklärung über Details der von ihm angestrebten Lösung«. Die bildungspolitische Sprecherin der SPD, Heike Habermann, sprach von einem »Eingeständnis des Scheiterns von G8«, der Landeselternbeirat begrüßte die Entscheidung: »Das ist das, was hessische Elternvertreter sich schon lange gewünscht haben.« Nur die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VHU) warnte vor einer Rückkehr zu G9 und machte sogar eine Rechnung auf Euro und Cent auf: Nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft bedeute ein um ein Jahr früherer Einstieg in den Erwerbsprozess »einen finanziellen Vorteil von mehr als 50 000 Euro für jeden Schulabsolventen« (alle Zitate aus dem Artikel 'Nur Unternehmer verteidigen G8', FAZ, 19. Juni 2012).

Während die Kultusministerin noch überzeugt war, dass nicht viele Gymnasien zu G9 zurückkehren würden, begannen an etlichen Gymnasien bereits die Diskussionen darüber, wie die Rückkehr zu G9 möglichst rasch bewerkstelligt werden könne. Manche Schulleitungen, die zunächst noch abwarten wollten, gerieten rasch unter erheblichen Druck seitens ihrer Elternschaft. Es waren neben den gymnasialen Lehrkräften vor allem die Eltern, die zu einer Rückkehr zum neunjährigen Bildungsgang drängten.

»Die meisten Schulleiter würden auch bei G8 bleiben, wir haben viel Zeit und Arbeit reingesteckt, dass es nun für alle akzeptabel läuft' ... Aber der Druck aus den Kollegien und seitens der Elternschaft ist zu groß«, – so ein Schulleiter aus Fulda auf dem Gym-

nasialtag des HPhV in Grünberg am 4. Oktober 2012 ('Zeit für Persönlichkeitsbildung – Philologen zerpfücken Turbo-Abitur und freuen sich wieder auf G9', Frankfurter Rundschau, 6./7. Oktober 2012).

In einem Schreiben des HKM an die Schulleiterinnen und Schulleiter der Gymnasien vom 28. November 2012 »Eröffnung der Wahlmöglichkeit zwischen der 5-jährig und der 6-jährig organisierten Mittelstufe (Sekundarstufe I) für Gymnasien« wurde das erforderliche Procedere konkretisiert. Eine Entscheidung für den Wechsel zu G9 war von der Schulkonferenz mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder im Einvernehmen mit dem Schulträger zu treffen. »Grundlage muss eine curricular und pädagogisch begründete, die personellen, sächlichen und unterrichtsorganisatorischen Möglichkeiten der Schule berücksichtigende Konzeption der Gesamtkonferenz sein. Der Schulkonferenzbeschluss bedarf der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde.« Zur 'Orientierung und Unterstützung möglicher Diskussionsprozesse' in der Schule sowie zur Erstellung der geforderten Konzeption war ein Leitfaden beigefügt.

Bereits in seiner Stellungnahme zum einschlägigen Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP vom 8. November 2012 hatte der HPhV auf den Zeitdruck hingewiesen, unter dem diejenigen Gymnasien standen, die bereits zum Schuljahr 2013/2014 zu G9 zurückkehren wollten, denn im Dezember standen die Informationsabende an den Grundschulen an, deren Eltern natürlich wissen wollten, was das jeweilige Gymnasium denn nun plante. Der HPhV hatte deshalb

darauf gedrungen, dass auch Beschlüsse, die an den Gymnasien vor Inkrafttreten des Gesetzentwurfs gefasst wurden, Gültigkeit besitzen sollten. Diesem Vorschlag des HPhV wurde seitens des Gesetzgebers gefolgt.

In dieser Stellungnahme hatte der HPhV auch vorgeschlagen, dass auch den bereits an den Gymnasien befindlichen 5. Klassen »die Rückkehr zum neunjährigen Bildungsgang je nach Nachfrage insgesamt oder teilweise« eröffnet werden solle. »Begründung: Eine solche Übergangsregelung wird von vielen Eltern, deren Kinder gerade einmal drei Monate an der Schule sind, gewünscht.« Auch diesem Vorschlag wurde gefolgt.

Trotz des beträchtlichen Zeitdrucks und prozeduralen Aufwands kehrten bereits zum Schuljahr 2013/2014 von den 107 hessischen Gymnasien 39 zu G9 zurück, 11 weitere boten in einem Modellversuch G8 und G9 parallel an.

Im Schuljahr 2014/2015 waren von 107 Gymnasien 67 und von 123 kooperativen Gesamtschulen 102 im neunjährigen Bildungsgang. An dem Modellversuch, G8 und G9 parallel anzubieten, beteiligten sich 16 Gymnasien und zwei kooperative Gesamtschulen.

Aktuell bieten nur noch ganz wenige Gymnasien und kooperative Gesamtschulen in Hessen den achtjährigen Bildungsgang an. Der Versuch, G8 flächendeckend in Hessen einzuführen, ist gescheitert. Der entschiedene, beharrliche und – auch in Zeiten, als die Würfel zugunsten von G8 gefallen zu sein schienen – unerschütterliche Kampf des HPhV gegen die generelle gymnasiale Schulzeitverkürzung war erfolgreich.